

Pit Wuhrer

Das irische Kartenhaus

48

So etwas hat man in Dublin seit den dreißiger Jahren nicht mehr gesehen. Seit Wochen stehen in der irischen Hauptstadt – vor kurzem noch das Zentrum einer blühenden Ökonomie – Hunderte vor dem Capuchin Centre der Franziskanermönche Schlange, um ein Lebensmittelpaket in Empfang zu nehmen. Brot, Butter, Tee, Milch, Zucker und Käse sind in der Schachtel, dazu Teigwaren, ein paar Dosen Bohnen und eine Rolle Keks. „Heute haben wir 850 Pakete verteilt“, sagt ein Mitarbeiter des Zentrums, „aber das genügt bald nicht mehr; die Zahl der Hungernden nimmt zu“. Seit November vorigen Jahres wachse die Nachfrage; vor allem seien jene Menschen aus Osteuropa kalt erwischt worden, die nach Irland als Arbeitskräfte kamen, als Erwerbslose nun aber keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Doch nicht nur sie wurden vom „keltischen Tiger“ gebissen, diesem vor kurzem noch für unverwundbar gehaltenen Fabeltier, das das irische Wirtschaftswunder symbolisierte. In die Suppenküchen der Wohlfahrtsverbände kommen zunehmend auch Irinnen und Iren – Menschen, die nicht nur (wie die Migranten) ihren Job verloren haben, sondern auch ihre Wohnung oder ihr Haus, weil sie die Hypothekenzinsen nicht zahlen können. Seit Herbst landen monatlich rund 27000 Lohnabhängige auf einem Arbeitsmarkt, der nichts mehr hergibt. Die offizielle Arbeitslosenzahl liegt derzeit bei 12 Prozent; selbst die Regierung rechnet damit, dass die Quote in diesem Jahr noch die 15-Prozent-Marke übersteigen wird.

ISLAND/ IRLAND – MEHR ALS EIN BUCHSTABEN-UNTERSCHIED

Und so macht sich die Koalition aus der konservativen Partei Fianna Fáil und den Grünen allmählich ernsthafte Sorgen. Denn mittlerweile ist der Witz, der zu Beginn der Krise entstand, um einen Passus ergänzt worden. „Der Unterschied zwischen Irland und dem bankrotten Island besteht nicht nur in einem Buchstaben“, sagt beispielweise Ray O'Reilly von der kleinen Independent Workers' Union IWU. „Es gibt noch eine Differenz: Hier ist die Regierung noch im Amt“. Das Unangenehme für die schwarze-grüne Koalition: Im Juni stehen wichtige Kommunalwahlen und die Europawahl an. Die Nerven liegen blank. Anders sind die Aussagen nicht zu verstehen, zu denen sich der irische Finanzminister Brian Lenihan von Fianna Fáil hinreißen ließ. Wer im Norden, in der britischen Provinz Nordirland, einkaufe, handele „unpatriotisch“, sagte er: „Die letzte Anhebung der Einkommens- und Lohnsteuern wäre geringer ausgefallen, wenn nicht so viele Iren im Norden shoppen würden.“ Das ist natürlich Unsinn. Irlands Finanzprobleme sind derart massiv, dass der Grenzverkehr kaum ins Gewicht fällt.

Sicher: Seit der Abwertung des Pfund Sterling sind die Waren in den sechs nordirischen Grafschaften für die Iren in der Eurozone deutlich billiger geworden; der in der Republik höhere Mehrwertsteuersatz (21 Prozent im Vergleich zu den im Vereinigten Königreich verlangten 15 Prozent) spielt ebenfalls eine Rolle. Aber eine Rettung des Staatshaushalts wäre auch dann nicht in Sicht, wenn alle Verbraucher brav zu Hause shoppen würden.

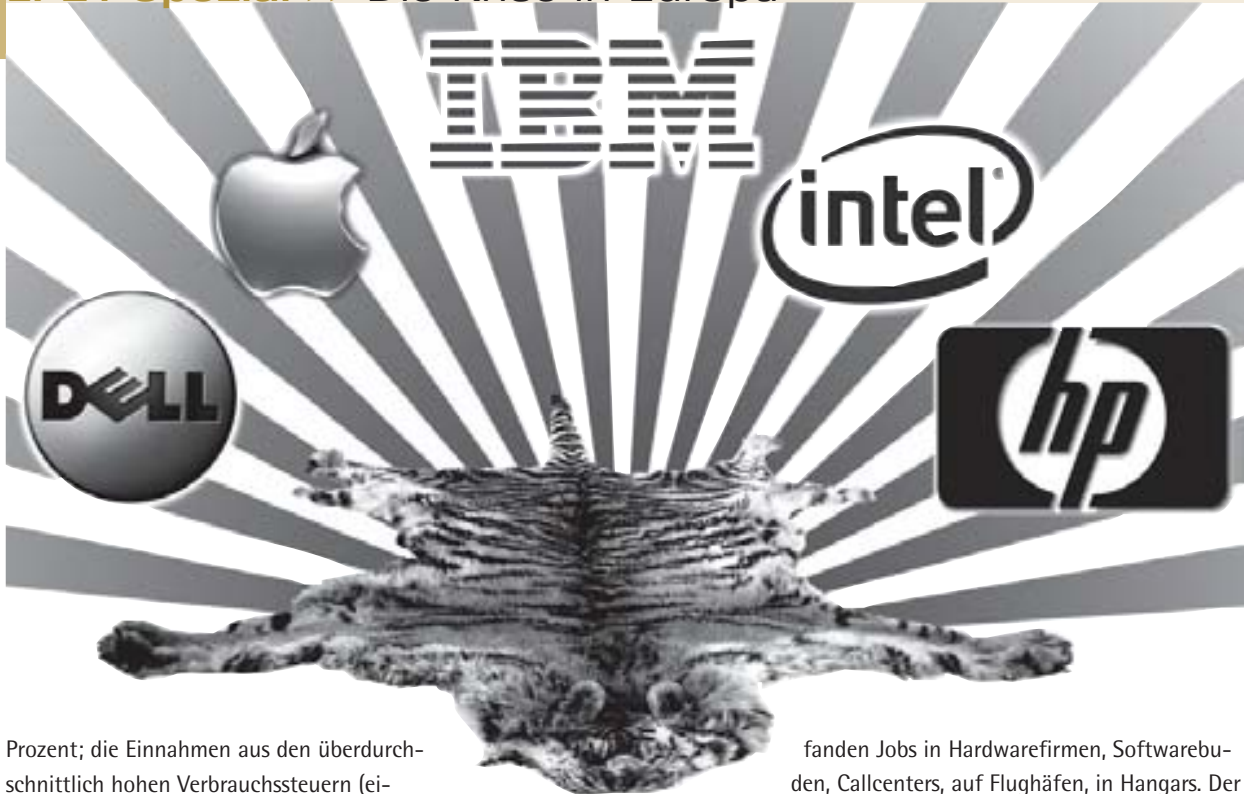
DEFIZIT VON EINEM DRITTEL DES HAUSHALTS

Das Defizit ist gewaltig. Auf 23 Milliarden Euro schätzt die Regierung das Loch im laufenden Finanzjahr – das sind rund 35 Prozent des Gesamtbudgets in Höhe von 65 Milliarden Euro. Um das Loch ein bißchen zu stopfen, hat die Regierungskoalition Anfang April einen Nothaushalt beschlossen, der das Steueraufkommen um insgesamt 1,8 Milliarden Euro steigern und die Ausgaben um 1,7 Milliarden senken soll. Die Einschnitte sorgen für Unmut im Land. Denn das Kabinett hat das getan, was Irlands Regierungen immer tun: Die Last bei denen abladen, die sie am wenigsten schultern können. So steigen ab Anfang Mai die Lohn- und Einkommenssteuern für Geringverdienende um zwei Prozentpunkte (das entspricht einem Wochenlohn). Lohnabhängige, die nur den gesetzlich festgelegten Mindestlohn verdienen – er liegt derzeit bei 8,65 Euro in der Stunde – müssen ab sofort Lohnsteuer bezahlen (bisher waren viele, vor allem kinderreiche Familien, davon befreit). Gleichzeitig beschlossen die Regierungsparteien weitreichende Kürzungen im Sozialbereich. Erwerbslose Jugendliche unter 21 Jahren erhalten künftig nur noch ein Arbeitslosengeld von 100 Euro in der Woche; bisher waren es 200 Euro. Von 100 Euro aber kann in Irland, dem Staat mit den zweithöchsten Lebenshaltungskosten in Europa, niemand leben.

DREI JAHRE BRUTALO-SANIERUNG?

Die irische Bevölkerung müsse sich darauf einstellen, dass ihr Lebensstandard in nächster Zeit um 10 Prozent sinke, sagte Ministerpräsident Brian Cowen schon vor der Bekanntgabe des Notbudgets. Er hat die Lage wohl beschönigt: Wohlfahrtsverbände rechnen mit einem Absturz um 30 Prozent. Finanzminister Lenihan hat bereits angekündigt, dass dem „härtesten Budget in Irlands Geschichte“ (so der einhellige Tenor in den irischen Medien) noch mindestens zwei genauso harte folgen werden.

Es gibt mehrere Gründe für das Rekorddefizit. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt in diesem Jahr laut Regierung um acht



Montage: J. Römer

Prozent; die Einnahmen aus den überdurchschnittlich hohen Verbrauchssteuern (eine Flasche Wein kostet mindestens 10 Euro, eine Schachtel Zigaretten etwa 8 Euro) gehen zurück. Vor allem aber sind die Haus- und Grunderwerbssteuern – sie machten vor zwei Jahren über ein Fünftel der Staatseinnahmen aus – praktisch auf Null gesunken: Der Immobilienmarkt ist tot. Innerhalb nur eines Jahres haben Häuser und Grundstücke dreißig Prozent ihres Werts verloren; die überaus wichtige Baubranche wird sich von dem Kollaps so schnell nicht erholen.

Dabei hatte vor einiger Zeit noch alles gut ausgesehen. Die Wirtschaft boomte, Arbeitskräfte waren rar, die Löhne stiegen, über Hunderttausend Arbeitskräfte aus Osteuropa kamen ins Land, jobbten auf Baustellen, in Pubs, in Krankenhäusern. Der Staatshaushalt war fast ausgeglichen, das Kalkül der Regierungen (die fast immer von Fianna Fáil – FF – gestellt wurden) schien aufzugehen.

NEOLIBERALISMUS PUR Ab 1987 hatte Irland einen knallhart neoliberalen Kurs verfolgt. Die Regierung senkte die Unternehmenssteuern auf 12 Prozent (den niedrigsten Satz in Europa), schaffte die Vermögenssteuer ab, senkte die Erbschaftsteuer auf ein Minimum, und bot investitionswilligen Konzernen voll erschlossene Industriezonen und Fertigungshallen zur kostenlosen Nutzung an. Da die Arbeitskräfte billig waren, die Jugend über einen hohen Ausbildungsstand verfügte und der europäische Markt für US-amerikanische Computerfirmen immer interessanter wurde, bauten Firmen wie IBM, Intel, Hewlett-Packard, Apple und Dell in Irland ihre Europazentralen auf. Später folgten standortunabhängige europäische Unternehmen wie Lufthansa und Swissair, die dort ihre Flugzeuge warten liessen. Zum ersten Mal überhaupt verzeichnete die Statistik des kurz zuvor noch landwirtschaftlich geprägten Staats eine Zuwanderung. Aus allen Teilen der Welt kehrten Irinnen und Iren, die in den 1970er und -80er Jahren emigrieren mussten, zurück. Sie

finden Jobs in Hardwarefirmen, Softwarebuden, Callcenters, auf Flughäfen, in Hangars. Der Bedarf nach Wohnraum nahm zu. Die Löhne stiegen. Die Wirtschaft brummt.

Der Staat zog sich aus vielen Bereichen zurück. Er überließ Privatunternehmen den Bau von Autobahnen und von Spitälern, deregulierte den Finanzmarkt und machte sich zum Erfüllungsgehilfen profitorientierter Interessen. Dabei hielten so manche FF-Politiker die Hand auf. Anfang der 90er Jahre hatte zum Beispiel die irische Regierung den Energieunternehmen die Übernahme aller Explorations- und Entwicklungskosten angeboten und gleichzeitig auf einen Zins bei der Öl- und Gasförderung verzichtet. Besonders profitiert hatte davon der Shell-Konzern, der das Corrib-Gasfeld vor der westirischen Küste ausbeuten will.

Denn der Staat übernahm nicht nur die Ausgaben, er gab Shell auch die Vollmacht, die Enteignung der für den Bau einer Raffinerie in der Grafschaft Mayo benötigten Grundstücke voranzutreiben, und geht mit großer Härte gegen die protestierende Bevölkerung vor. „Kein anderer Staat auf der Welt hat den Ölfirmen so günstige Bedingungen geboten wie Irland“, sagte ein ehemaliger Direktor von Irish Statoil; nicht einmal Nigeria. Und die Gegenleistung? Die kennt eigentlich so recht niemand. Aber eingefädelt hatte den Deal der damalige Energieminister Ray Burke. Er wurde 2005 wegen Bestechlichkeit zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt.

So ähnlich funktionierte auch die Bauwirtschaft: „Auf lokaler wie nationaler Ebene wurde in großem Maßstab gedealt“, sagt Tommy McKearney. „Wir wissen noch längst nicht alle Details, aber das Muster war stets dasselbe: Für etwas Schmiergeld und Wahlkampfunterstützung haben Lokalpolitiker den privaten Baugesellschaften freie Hand gegeben“, sagt das Vorstandsmit-

glied der kleinen radikalen IWU. „Die konnten aus jeder Wiese und selbst aus Naturschutzgebieten über Nacht Bauland machen. Zum Teil hatten die Politiker den Bauern das Land zuvor noch zu billigen Preisen abgekauft.“

US-KRISE SPIELT KAUM EINE ROLLE Das Geschäft lief, die Banken stiegen in den Grundstückshandel ein, die Preise explodierten, die Rendite wuchs. Es schien keine Grenzen zu geben. Als der irische Immobilienmarkt kaum noch ausbaufähig war, weil fast alle halbwegs gut verdienenden Irinnen und Iren ein Haus – und manchmal sogar zwei – gekauft hatten, investierten die Banken in osteuropäische Bauprojekte: in den baltischen Staaten zum Beispiel, in Polen, in Bulgarien und in der Türkei. „Der irische Bankencrash ist hausgemacht“, sagt McKearney, „die US-Subprime-Krise spielte hier so gut wie keine Rolle.“

50

Doch dann begannen die Unternehmen, die den Boom ausgelöst hatten, in Richtung Osteuropa weiterzuziehen (gut ausgebildete, billige Arbeitskräfte mit Englischkenntnissen und Zuschüssen vom Staat, usw.). Nunmehr kamen die Fundamente der einseitig ausgerichteten Ökonomie ins Rutschen. Mit der Realwirtschaft knickte auch das Finanzsystem ein. Ende September 2008 verpflichtete sich die irische Regierung, im Notfall alle Verbindlichkeiten der größten Banken zu übernehmen – sie garantierte damit für ein Gesamtrisiko in Höhe von 400 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das irische BIP liegt derzeit bei etwa 160 Milliarden. Natürlich werde der Staat nicht für die gesamte Summe haften müssen, verkündete damals Ministerpräsident Cowen. Im Januar dieses Jahres aber musste der Staat die in allerlei Skandale verstrickte Anglo-Irish Bank samt ihren Schrottpapieren (72 Milliarden Euro vor allem im Immobiliensektor) übernehmen. Nur Wochen später half die Regierung den beiden größten Privatbanken des Landes, der Allied Irish Bank und der Bank of Ireland, mit insgesamt sieben Milliarden Euro aus der Patsche.

Die Talfahrt beschleunigte sich, als der Computerhersteller Dell Anfang des Jahres die Entlassung von 2130 Beschäftigten bekanntgab. Andere Firmen trugen ebenfalls zum Deindustrialisierungsprozess bei: In den Werken von Apple, IBM und Intel arbeiten nur noch Rumpfbelegschaften. Die ehemalige Swissair – nunmehr Lufthansa-Tochter Swiss – wirft 1135 Lohnabhängi-

ge raus. Viele Unternehmen nutzen die Gunst der Stunde und wollen – wie Lufthansa – Lohnkürzungen durchsetzen.

GIGANTISCHE STAATSSCHULD VIA BAD BANK Wie ernst die Lage mittlerweile ist, zeigt nicht nur das Straßenbild von Dublin, wo die Zahl bettelnder Menschen sprunghaft angestiegen ist. Parallel zum Notbudget hat die Regierung auch die Einrichtung einer Behörde bekannt gegeben, die die Funktion einer „bad bank“ übernehmen wird: Die National Asset Management Agency übernimmt von den Großbanken *toxische* oder auch Schrott-Papiere in einem Gesamtwert von neunzig Milliarden Euro.

Was die Regierung den Banken dafür zahlt, ist noch unklar; der Preis wird geheim gehalten. Insider gehen davon aus, dass der Staat den Banken zwischen 54 und 77 Milliarden Euro überweisen wird – gutes Geld, das für immer verloren ist, falls sich die Papiere und deren Sicherheiten wie Grundstücke und Neubauprojekte als unverkäuflich erweisen sollten. Bedingungen sind daran keine geknüpft. Der Staat verlangt weder Anteile noch Mitsprache. Eine Kontrolle der Banken werde erst in Betracht gezogen, wenn diese Rettungsmaßnahmen nicht ausreichen sollte, sagt Brian Lenihan. Daran ist zweierlei interessant. Erstens: Der Finanzminister schließt weitere Staatshilfe nicht aus. Zweitens: Die Regierung denkt nicht einmal im Traum daran, ihre neoliberale Politik zu ändern. Der Staat soll weiterhin dem Kapital dienen. Woher das Geld für die aktuellen und künftigen Rettungsschirme kommen soll, weiß niemand. Teuer wird es auf jeden Fall: Anfang April haben die Ratingagenturen die Bonität der Republik Irland von AAA auf AA+ gesenkt.

Noch hält sich der Protest in Grenzen. Im Februar hatten in Dublin 120000 Menschen gegen die Regierungspolitik demonstriert; so viele waren in dem Land mit einer Bevölkerung von 4,4 Millionen schon lange nicht mehr auf der Straße. Einen für Ende März geplanten Aktionstag mit Streiks in fast allen Wirtschaftszweigen hat der irische Gewerkschaftsbund Ictu in letzter Minute wieder abgesagt. Die weitgehend sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften scheuen den Konflikt. Es sind nur kleinere Trade Unions wie die IWU, die zu mobilisieren versuchen. Es wird möglicherweise noch etwas dauern, bis sich Widerstand regt. Noch erhalten die Erwerbslosen Arbeitslosengeld, noch ist der Sozialstaat einigermaßen intakt. Mit voller Wucht getroffen hat die Krise bisher die Migrantinnen und Migranten. Allein im letzten Quartal sind 50000 von ihnen nach Osteuropa zurückgekehrt. Doch dort sieht es teilweise noch schlimmer aus. Und so sind manche wieder da – und stehen vor dem Capuchin Centre in der Dubliner Innenstadt.

Pit Wuhrer arbeitet für WoZ – Die Wochenzeitung in Zürich. Er befindet sich regelmäßig auf Reportagereisen vor allem in Großbritannien und Irland.

- Anzeige -

prager frühling

★ MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS



prager frühling ist eine linke Dritteljahreszeitschrift im Magazinstil. **Redaktion:** Katja Kipping, Lena Kreck, Thomas Lohmeier, Kolja Möller, Norbert Schepers, Jörg Schindler. **prager frühling** erscheint im VSA: Verlag mit 60 Seiten. Einzelheft: 5,00 €; Jahresabonnement: 15,00 €; Förderabonnement: 30,00 € oder mehr. Abos und Kontakt: www.prager-fruehling-magazin.de www.vsa-verlag.de